

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Str. 152
19053 Schwerin
Tel.: 0385 521 339 0 (Zentrale)
Tel.: 0385 521 339 15 (Müller)
Fax : 0385 521 339 20
E-Mail : bund.mv@bund.net
Internet: www.bund-mv.de

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



V.i.S.d.P. Arndt Müller, BUND Mecklenburg-Vorpommern

Hintergrund zum Filmabend des BUND Mecklenburg-Vorpommern: Dokumentarfilm „Water makes money“, am 10.11.2010 in Schwerin (18.00 Uhr, Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, 19055 Schwerin)

Privatisierung des Wassers:

Auch ein Thema für Mecklenburg-Vorpommern

Im Juli erkannte die UN-Vollversammlung auf Initiative Boliviens das Recht aller Menschen auf Wasser und sanitäre Grundversorgung an und nahm es in die Menschenrechtserklärung auf. Weltweit haben 884 Millionen Menschen keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser und mehr als 2,6 Milliarden keinen Zugang zu sanitären Anlagen. Jedes Jahr sterben etwa zwei Millionen Menschen an den Folgen unsauberen Wassers, die meisten von ihnen sind Kinder unter fünf Jahren. Einklagbar ist das Recht jedoch - noch - nicht.

Dass ein großer Teil der Menschheit immer noch kein selbstverständlichen Zugang zu sauberem Wasser hat, liegt zu einem großen Teil an der weiter anhaltenden Privatisierung der Trinkwasserversorgung in vielen Teilen der Welt. Auch in Deutschland soll es nach dem Willen der EU mehr Wettbewerb bei der Wasserversorgung geben. Noch ist dies weitgehend ein Privileg der Kommunen, doch schon längst haben sich Konzerne in die Wasserversorgung eingekauft oder sie – so wie in Rostock komplett übernommen. Nach Auffassung von »Menschenrecht Wasser«, einer Initiative von »Brot für die Welt« hat die Privatisierung der Wasserversorgung jedoch nirgendwo die in sie gesteckte Erwartungen erfüllt. Im Gegenteil: Steigende Preise, Verschlechterung der Wasserqualität und Umweltschäden sind meist die Folge. In Großbritannien etwa hat sich die Wasserqualität verschlechtert - bei steigenden Preisen. Einigen Kunden wurde gar der Hahn zugedreht, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten.

1999 fand in Berlin mit der Wasserprivatisierung die größte Teilprivatisierung innerhalb der EU statt. 49,9 Prozent der Berliner Wasserbetriebe wurden für 1,68 Milliarden Euro über eine Holding AG (nach dem Modell der Bankgesellschaft Berlin) verkauft. Der Vertrag darüber ist geheim. Heutige Profiteure dieser Teilprivatisierung sind die Konzerne RWE Aqua und Veolia Wasser, ein Strommulti aus Deutschland und ein Wassermulti aus Frankreich.

Die Folgen für die BerlinerInnen sind mittlerweile deutschlandweit bekannt. In Berlin zahlt man im internationalen Städtevergleich mit die höchsten Wasserpreise, im Betrieb wurde massiv Personal abgebaut, Investitionen und Instandhaltungskosten wurden drastisch abgesenkt. Und kürzlich wurden drei Wasserwerke geschlossen, mit der Folge, dass Berlin circa 30 Quadratkilometer ökologisch wichtiges Trinkwasserschutzgebiet verliert.

Nach der Privatisierungswelle der 90er Jahre gibt es nun nach Auskunft des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) wieder einen klaren Trend zur Rekommunalisierung der öffentlichen Infrastruktur. Immer mehr Kommunen wollen wieder volle Kontrolle über ihre Stadtwerke gewinnen. So ist das Stuttgarter Wasser seit dem 17. Juni 2010 wieder in öffentlicher Hand. Der Gemeinderat hat am 17. Juni mit breiter Mehrheit der Forderung des Bürgerbegehrens "100-Wasser" zugestimmt: 100% kommunale Wasserversorgung unter städtischer Betriebsführung.

Laut einer aktuellen Umfrage des Instituts für nachhaltige Unternehmens- und Regionalentwicklung an der FH Eberswalde wächst die Front gegen die Privatisierung kommunaler Unternehmen. 84 Prozent der Ostdeutschen wollen, dass deren Gewinne dem Gemeinwohl und nicht Aktionären dienen. Besonders stark ist die Ablehnung bei Privatisierungen von Wasser-, Energieversorgern und Schulen.

In Mecklenburg-Vorpommern führte die Privatisierung der Wasserversorgung in Rostock zu Preisen, die im deutschlandweiten Vergleich mit am höchsten liegen. So kostet hier ein Kubikmeter Wasser 1,98 Euro, während in München nur 1,54 Euro zu bezahlen sind. Die Wasserversorgung ist in Rostock bereits seit 1993 in der Hand der Eurawasser, einer Tochter des französischen Mischkonzerns Suez Lyonnaise des Eaux (Paris), einem der weltweit größten Versorgungskonzerne.

Auch in der Landeshauptstadt Schwerin ist Eurawasser aktiv. Seit Gründung der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsgesellschaft Schwerin mbH (WAG) im Jahr 2003 ist Eurawasser mit 49% an dieser Tochtergesellschaft der Stadtwerke Schwerin mbH beteiligt. Die Wasserpreise von Schwerin sind mit 1,87 Euro / Kubikmeter ebenfalls vergleichsweise hoch, liegen über jenen beispielsweise von Köln (1,61 Euro / Kubikmeter) und auch Leipzig (1,82 Euro).

In Schwerin war die Zusammenarbeit mit Eurawasser aus einer Zwangslage entstanden. Die Stadtwerke waren in der Finanzklemme. Das kommunale Unternehmen hatte die beiden Heizkraftwerke in Wüstmark und Lankow Anfang der 90er-Jahre mit mehr als 100 Millionen Euro Fremdkapital bauen lassen. So wurde Eigentümer und Vermieter nach mehreren fragwürdigen Millionenverträgen die HKW Pool KG, ein Fonds der 1998 von der BTV in München aufgelegt wurde. Das Geld für den Bau der Schweriner Kraftwerke stammte also von 3600 Anlegern - Zahnärzte, Anwälte, Unternehmer - denen eine Rendite von neun Prozent nach Steuern versprochen wurde.

Die Anleger wollten ihr Geld. Es ergaben sich Forderungen von 19 Millionen Euro an die Stadtwerke, resultierend aus den nichtgezahlten Mieten für die Kraftwerke im Jahr 2002 und im ersten Halbjahr 2003. Doch die Schweriner Stadtwerke konnten die Millionensummen, zu denen sie sich in den fragwürdigen Verträgen von 1992, 1997 und 1998 verpflichtet hatten, nicht aus dem laufenden Geschäft zahlen. Schon die Mieten für die Jahre 2000 und 2001 in Höhe von 20 Millionen Euro konnten die Stadtwerke nach Schiedsgerichtsurteil nur entrichten, weil Anteile des kommunalen Unternehmens an den Konzern Eurawasser verkauft wurden. (aus SVZ, 17.09.2003, Autor: Thomas Volgmann)

Das Eurawasser alles andere als ein an Wohltätigkeit interessiertes Unternehmen ist zeigen diverse Beispiele auch in Ostdeutschland. So deckte ein wachsamer ehrenamtlich tätiger Geschäftsführer eines Trinkwasserversorgungszweckverbandes in Sachsen-Anhalt auf, dass Eurawasser dort über Jahre zu hohe Betriebsführungsentgelte verlangt hatte. Das Unternehmen musste 500.000 Euro zurückzahlen. In Potsdam hatten die Stadtverordneten nach einer Ausschreibung 1997 entschieden, dass der städtische Wasserbetrieb – um Haushaltlöcher in Potsdam zu stopfen - von dem französischen Unternehmen Eurawasser übernommen werden soll. Sie gaben ihm gegenüber den Stadtwerken, die sich auch darum beworben hatten, den Vorzug. Schon am Juni 2000 trennte sich allerdings die Stadt bereits wieder von EURAWASSER. Grund waren geplante exorbitante Erhöhungen des Wasserpreises um nahezu das Doppelte der bisherigen Gebühren.

Ausgerechnet im Mutterland des Suez-Konzerns in Frankreich wächst der Widerstand gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung besonders stark. Leslie Franke, Dokumentarfilmerin und Macherin des Films „Water makes money“:

„Die Konzerne versprechen günstigere Finanzierungsmöglichkeiten, Effektivität und Nachhaltigkeit. Gerade in Frankreich, wo die Konzerne Veolia und Suez bereits acht von zehn Bürgern mit Wasser versorgen, glaubt ihnen allerdings kaum mehr jemand. Mehr als hundert Kommunen wollen dort die Kontrolle über die lebenswichtigen Dienste zurückholen. In sieben französischen Kommunen haben wir die Folgen untersucht – und mußten, abgesehen von den bereits genannten Nachteilen wie gestiegenen Preisen und Intransparenz, Folgendes feststellen: Teilweise bis zu 30 Prozent Wasserverlust gab es in den Rohrnetzen, weil diese nicht repariert wurden und löchrig sind.“

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht die Trinkwasserversorgung national und international durch die Bestrebungen, mit dem Wasser profitable Geschäfte machen zu wollen, weiterhin gefährdet. Beteiligten sich Privatunternehmen an kommunalen Wasserwerken, so drohe bei schärferer Konkurrenz eine Vernachlässigung des Ressourcenschutzes und die Minderung der Wasserqualität. In den Bundesländern und Kommunen müsse die kommunale und dezentrale Wasserversorgung verteidigt werden. Dasselbe gelte auch für die Entwicklungsländer. Das Recht auf Zugang zum Trinkwasser müsse überall als öffentlich-rechtliche Dienstleistung gewährleistet werden. Eine Privatisierung der Wasserressourcen und die Liberalisierung des Wassermarktes führe nur zur Qualitätsminderung und höheren Preisen.

Quellen:

- Stephan Kosch, Felix Dachsel, Manuela Heim: Das Comeback der Stadtwerke, TAZ, 2.11.2010
- Petra Kleinert: Europaweite Premiere für den Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz "Water Makes Money"; Neue Rheinische Zeitung-online vom 22.09.2010
- Gerlinde Schermer: Widerstand gegen die Wasserprivatisierung; Ein Blick auf die Berliner Politik und den Protest dagegen; ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 553 / 17.9.2010
- Wolf R.-Beck: Verrechnet – Eurawasser erstattet TWVZV Saale-Untrut 6-stelligen Betrag!; Internetseite Initiativennetzwerk Kommunalabgaben
- Uwe Kraus: Rückholung des Tafelsilbers; ND-online, 3.11.2009
- Juliane Wedemeyer: Bürger zahlen für gescheiterte Privatisierung, 167 Millionen Mark erhielt die Stadt für ihren Wasserbetrieb: Gebühren sollen Kredit tilgen, Potsdamer Neueste Nachrichten, 27.03.09
- Alexander Huber, Sigrun Rehm: Grundrecht oder Ware, EU-Kommission will die Trinkwasserversorgung in Deutschland liberalisieren; Der Sonntag – Freiburger Ausgabe, 26.10.2003

Interview mit den Filmemachern:

»Wir werden über dreiste Wasserkosten abkassiert«

Kampf gegen Privatisierung: Neuer Film »Water makes money« deckt Konzernmachenschaften auf. Ein Gespräch mit Leslie Franke und Herdolor Lorenz

Interview: Gitta Düperthal

Leslie Franke und Herdolor Lorenz sind Dokumentarfilmer. Nach ihren Filmen »Bahn unterm Hammer« und »Wasser unterm Hammer« präsentieren sie jetzt ihren neuen Film »Water makes money«

Am heutigen Donnerstag (23.09.2010) läuft der Film »Water makes money« in 150 deutschen, französischen und anderen europäischen Städten an. Der Film thematisiert die Verhältnisse nach der fortschreitenden Wasserprivatisierung – welches sind die drastischsten Folgen?

Leslie Franke: Nach einer Teilprivatisierung steigen zunächst die Wasserpreise. Eine Kontrolle der Gemeinden über die Verwaltung des Wassers ist bei solchen Public Private Partnerships (PPP) nahezu nicht mehr gegeben. Verträge zwischen Kommunen und Wasserkonzernen sind meist geheim. Es herrscht Intransparenz. Die größten Konzerne, die dieses System über Europa und die Welt ausbreiten, kommen aus Frankreich. Sie versprechen günstigere Finanzierungsmöglichkeiten, Effektivität und Nachhaltigkeit. Gerade in Frankreich, wo die Konzerne Veolia und Suez bereits acht von zehn Bürgern mit Wasser versorgen, glaubt ihnen allerdings kaum mehr jemand. Mehr als hundert Kommunen wollen dort die Kontrolle über die lebenswichtigen Dienste zurückholen. In sieben französischen Kommunen haben wir die Folgen untersucht – und mußten, abgesehen von den bereits genannten Nachteilen wie gestiegenen Preisen und Intransparenz, Folgendes feststellen: Teilweise bis zu 30 Prozent Wasserverlust gab es in den Rohrnetzen, weil diese nicht repariert wurden und löchrig sind.

Wie laufen diese Geschäfte ab?

Franke: PPP, die Partnerschaft von öffentlichen und privaten Betrieben, bedeutet in diesem Zusammenhang: Anlagen, Wasserleitungen und Rohrnetze bleiben im kommunalen Eigentum. Der private Partner betreibt und verwaltet die Wasser- oder Abwasserversorgung, verschickt beispielsweise Rechnungen. Er sollte eigentlich auch die Installation warten.

Inwiefern beinhaltet dieses Geschäft finanzielle Nachteile für die Kommunen?

Herdolor Lorenz: Die Zusammenarbeit der Privaten und der Kommunen findet aufgrund von Verträgen statt, die meist aus gutem Grund geheim sind. Dort sind oft große Sauereien festgehalten. In Berlin ist beispielsweise Gegenstand, daß der Konzern – obgleich Minderheitseigner – Geschäftsführerposten erhält und Preise angehoben werden können. In manchen Verträgen steht sogar, daß die Kaufsumme für die Wasser- oder Abwasserversorgung ein Kredit an die Stadt ist. In Braunschweig hat Veolia für den Erwerb der Abwasseraufbereitung keinen Cent aufgewendet. Kaufpreis und Investitionen werden mit Krediten der Nord LB und der Pleitebank Dexia finanziert – rückzahlbar mit Zins und Zinseszins von Braunschweigs Bürgern.

Haben Sie beim Filmen Ärger gehabt?

Lorenz: Der steht vermutlich noch aus, wenn die entsprechenden Globalplayer den Film gesehen haben.

Wie sind Sie an die geheimen Dokumente herangekommen?

Franke: In Frankreich ist es möglich, sogenannte Audits durchzuführen und eine Art Untersuchungsausschuß tätig werden zu lassen. Bürgerinitiativen können dies beantragen. Oder wenn Mehrheiten im Rat wechseln, können diese die Verträge veröffentlichen und überprüfen. Häufig kommen dann Sauereien im Detail ans Tageslicht. In Braunschweig hat jemand aus der Stadtverwaltung der in den Rat gewählten Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) Dokumente zugespielt, die diese publiziert hat.

Was wurde dadurch in Braunschweig aufgedeckt?

Lorenz: Veolia hatte gar nicht – wie behauptet – 253 Millionen Euro an die Stadt für das Geschäft mit der Abwasserversorgung gezahlt. Vielmehr hatte der private Betreiber einen Kredit aufgenommen, wofür die Stadt bürgt. So profitieren Banken mit erheblichen Gewinnen. Im Fall eines Bankrotts – des Betreibers oder der Banken – muß die Kommune geradestehen.

Wo ist die Gegenbewegung am weitesten entwickelt?

Franke: In Frankreich laufen jetzt viele Verträge aus. Aufgrund schlechter Erfahrungen wollen Gemeinden rekommunalisieren. Bürgerinitiativen klagen die Finanztricks zum Nachteil der Bürger an und drängen auf deren Veröffentlichung. Auch in Deutschland geht es zur Sache: In Berlin läuft derzeit ein Volksbegehren, um eine Veröffentlichung der Verträge zu erzwingen. Bis zum 27. Oktober werden noch Unterschriften gesammelt. Wir müssen diese Entwicklung jetzt anheizen – denn wir alle werden über unverschämte Wasserrechnungen zur Kasse gebeten.

Quelle: www.watermakesmoney.com